

**Alpen 21.10.2025**

**Betreff:** Antwort auf Antrag zur Einrichtung eines Digitalisierungsausschusses. Bitte um Erläuterung der Fachbegriffe, Darstellung des Ist-Zustandes und Begründung der Zielsetzung vor Beschlussfassung Verschiebung der Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 13

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,

im Vorfeld der Abstimmung über den Antrag zur **Einrichtung eines Digitalisierungsausschusses (DA)** möchten wir als AfD-Fraktion eine Anregung an alle Fraktionen und ALLE Ratsmitglieder richten. Uns geht es nicht darum, die Einrichtung eines solchen Ausschusses grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern darum, dass die Entscheidung einer so weitreichenden Installation und den daraus erwachsenen möglichen Änderungen in unserer Gemeinde eines Digitalausschusses **auf einer transparenten, nachvollziehbaren und fachlich fundierten Grundlage** getroffen wird. Wir gehen davon aus, dass den wenigsten Ratsmitgliedern, auch der antragstellenden Fraktionen, die Fachbegriffe des Antrages geläufig sind.

Wir möchten ausdrücklich betonen, dass wir der **Digitalisierung grundsätzlich offen und positiv gegenüberstehen.**

Digitalisierung kann Verwaltungsabläufe vereinfachen, Bürgerdienste verbessern und die Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft erleichtern. Damit diese Chancen jedoch realistisch und verantwortungsvoll genutzt werden können, müssen vor einer organisatorischen Entscheidung wie der Ausschussbildung **einige grundlegende Fragen beantwortet werden.**

Der vorliegende Antrag enthält zahlreiche Fachausdrücke und Konzepte aus der Verwaltungssprache und der Bundes-Digitalstrategie. Diese klingen auf den ersten Blick harmlos, können aber **politisch, organisatorisch und finanziell weitreichende Folgen** haben.

Das betrifft zB. Begriffe wie:

„Ende-zu-Ende-Digitalisierung“, „Once-Only-Prinzip“, „Registermodernisierung“, „Reallabore“ oder „Virtual-Desktop-Infrastrukturen“.

Diese Fachbegriffe stehen für tiefgreifende Veränderungen von Verwaltungsabläufen, Datennutzung und IT-Strukturen.

Wir halten es daher für zwingend erforderlich, dass sie **vor der Beschlussfassung über die Ausschussbildung allen Ratsmitgliedern verständlich erläutert** werden, entweder durch die Verwaltung oder durch Vertreter des Kommunalen Rechenzentrums Niederrhein (KRZN).

Bevor über die Einrichtung eines Ausschusses entschieden wird, sollten alle Ratsmitglieder, insbesondere die neuen Ratsmitglieder überhaupt erst einmal wissen, **wie der derzeitige Stand der Digitalisierung in der Gemeinde Alpen ist.**

- Welche digitalen Verfahren existieren bereits?
- Welche Systeme nutzt die Verwaltung aktuell?
- Welche Projekte laufen, welche sind geplant?
- Welche Kosten sind bisher entstanden und welche Fördermittel wurden beantragt oder bewilligt, können künftig beantragt werden?

Ohne diese Informationen kann der Rat **nicht beurteilen, ob und in welchem Umfang ein weiterer Ausschuss tatsächlich notwendig ist.**

Wir bitten die antragstellenden Fraktionen (CDU, SPD und Grüne), der AfD Fraktion, aber auch ihren eigenen Fraktionsmitgliedern soweit noch nicht erfolgt darzulegen, **welche konkreten Ziele und politischen Absichten** sie mit der Einrichtung des Digitalisierungsausschusses verfolgen.

Welche Aufgaben, Themen oder Projekte sollen dort künftig behandelt werden?

Nur wenn diese Zielsetzung offen benannt wird, kann der Rat einschätzen, welchen Mehrwert dieser Ausschuss bietet und ob er organisatorisch oder finanziell zusätzliche Belastungen mit sich bringt.

Digitalisierung wird oft als Weg zur Kosteneinsparung dargestellt.

Nach unserer Auffassung ist diese Annahme für eine kleine Gemeinde wie Alpen **nicht zutreffend.**

**Digitalisierung verursacht zunächst erhebliche Kosten:**

- IT-Infrastruktur (Server, Netzwerke, Endgeräte, Lizenzen, Cloud-Dienste)
- Schulungen, Fortbildungen, Datenschutz- und Sicherheitsmaßnahmen
- Laufende Wartungs- und Lizenzgebühren
- Zusätzlicher Personalbedarf in IT-Administration und Datenschutz

Wir mussten uns als Neulinge im Rat vor einer Beantwortung des Antrages selbst erst sachkundig machen und haben Zahlen gelesen von 300.000,- € bis 800.000,- € an Kosten allein für die Ersteinrichtung. Um hier die Kosten speziell für die Gemeinde Alpen einschätzen zu können, benötigen wir und sicher die weiteren Ratsmitglieder ebenfalls Wissen zB. über den aktuellen Stand der Digitalisierung.

Nach unserer Kalkulation treten echte Einsparungen in unserer kleinen Gemeinde Alpen maximal und vielleicht langfristig ein, da die Arbeitsmenge gleich bleibt und die Verwaltung zusätzliche Pflichten erhält. Der Nutzen liegt in erster Linie in **besseren Abläufen und Bürgernähe**, nicht in unmittelbarer Kostenreduzierung.

Daher sollte vor der Entscheidung über die Ausschussbildung auch geprüft werden, **welche finanziellen und personellen Auswirkungen** mit der Digitalisierung insgesamt verbunden sind.

Da der Antrag zurzeit weder den aktuellen Digitalisierungsstand noch die konkrete Zielrichtung erkennen lässt und wesentliche Fachbegriffe ungeklärt sind, halten wir eine Beschlussfassung in der Sitzung am **7. November 2025 derzeit nicht für sachgerecht vorbereitet.**

Wir bitten daher alle Fraktionen um eine **schriftliche Rückmeldung bis zum 29.10.2025**, ob sie bereit sind, diese Fragen gemeinsam zu klären und entsprechende Erläuterungen vor der Abstimmung einzuholen, den Antrag zu verschieben.

Sollte innerhalb der Frist **keine Rückmeldung** erfolgen, müssten wir als AfD-Fraktion einen **formellen Antrag** einbringen, um die Erläuterung der Fachbegriffe, die Darstellung des Ist-Zustandes und die Begründung der Zielsetzung **verbindlich vor einer Beschlussfassung** einzufordern.

„Die AfD-Fraktion wird dann beantragen, den Tagesordnungspunkt zur Einsetzung eines Digitalisierungsausschusses auf die nächste Ratssitzung zu vertagen. Begründung, es fehlen eine verständliche Erläuterung der im Antrag verwendeten Fachbegriffe, eine Darstellung des aktuellen Digitalisierungsstandes der Gemeinde sowie eine Kostenabschätzung. Außerdem regen wir die Einberufung einer **„Interfraktionellen Arbeitsrunde vor Beschluss** an, der Rat bittet die Verwaltung um ein Fachgespräch mit allen Fraktionen, etwa mit KRZN, und verschiebt die Entscheidung auf die nächste Sitzung. Wir übersenden unsere Überlegungen als Grundlage einer Fraktionsübergreifenden Diskussion, nicht als Blockadehaltung. Aus Sicht unserer Fraktion ist der Beschluss aus den Gründen die wir hier dargelegt haben auch nicht zwingend in der konstituierenden Sitzung erforderlich.

Wir betonen ausdrücklich, dass wir an einer **einvernehmlichen Zusammenarbeit** interessiert sind und die Digitalisierung **nicht blockieren**, sondern **sachlich und verantwortungsvoll begleiten** möchten. Das sollte auch im Interesse aller Ratsmitglieder, aller Fraktionen auch der antragstellenden CDU, SPD und Grünen sein, die keine IT-Experten sind.

Im Sinne **ALLER Ratsmitglieder** halten wir es für zwingend notwendig, vor einer Entscheidung die tatsächlichen Voraussetzungen, Begriffe und Zielsetzungen gemeinsam zu klären und hoffen, dass unser Schreiben vielen Ratsmitgliedern aus der Seele spricht und Anklang findet.

Mit freundlichen Grüßen

**Heiko Richter**

Fraktionsvorsitzender

AfD-Fraktion im Rat der Gemeinde Alpen

**Rolf Zielkowski**

stellv. Fraktionsvorsitzender

AfD-Fraktion im Rat der Gemeinde Alpen